

Deutsche Metallarbeiter-Zeitung

und

Glück=Auf.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80 Pfg.
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 1187.

Berechnet werden
Inserate die dreispaltene Petitzeile ober
deren Raum mit 50 Pfg.

Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und Publikationsorgan der Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm, Nürnberg, Luitpoldstraße 9. — Redaktion und Expedition: Nürnberg, Luitpoldstraße 9.

Inhalt: Städtische und staatliche Unterstützung gewerkschaftlicher Arbeitslosenkassen. — Der achte Kongress des Deutschen Eisen- und Metallarbeiterverbandes. — Der schweizerische Gewerkschafts- und Arbeiterkongress. — Mitteilungen aus der Metallindustrie. — D. M.-B.: Bekanntmachung des Vorstandes. — Aus den Mitgl.-Ber.: Rheinisch-Westfälische Formier-Konferenz. — Korrespondenzen. — Technisches: Krankheitserscheinungen bei Eisen und Kupfer. Eine Riesendampfmaschine. — Rundschau. — Aus anderen Verufen zc. — Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter: Bekanntmachung des Vorstandes. Abrechnung der Hauptkasse pro März 1902. Korrespondenz aus Wiesbaden. — Literatur.

Zur Beachtung.

Zugung ist fernzuhalten:

- von Drahtziehern nach **Nömmerele a. d. G.** (Kupferwerke in Oesterreich);
 - von Drehern nach **Berlin** (Mittmann, Motorfahrzeugfabrik) Str.; nach **Großenhain** (Webstuhlfabrik); nach **Ludowig** (A. G. Voigt, Maschinenfabrik);
 - von Feingoldschlägern nach **Dresden, Leipzig, Nürnberg, R. und Schwabach** (Besonders von den Werkstätten M. Wiltner, Hunger, Schlüpfinger);
 - von Formern und Eisengießerei-Arbeitern nach **Jugsburg** (Wudw. Klaas); nach **Berlin** (L. Löwe); nach **Großenhain** (Webstuhlfabrik); nach **Sannbatt** (Streicher); nach **Milspe**; nach **Kremsfeld** (Niemseider Eisenhütte).
 - von Kesselschmiedern nach **Crimmitschau** (Guttschke) M.; von Klemmern und Emailarbeitern nach **Breslau** (Filiale Julius Bintsch, Gasmesserfabrik); nach **M. Gladbach** (Robert Janßen); nach **Mühlhausen i. Glf.** (Weierle, Fabr. f. Zinkornamente).
 - von Metallarbeitern aller Branchen nach **Hannover** (Steinfeld & Blasberg); nach **Worstein** i. Westfalen (Gabriel & Bergenthal) Str.;
 - von Metallschlägern nach **Schwarzenau** (D.); nach **Nürnberg** (Erh. Schmidt, Kühnertsstraße 33) R.;
 - von optischen Industriearbeitern nach **Rathenow** (Müller);
 - von Schloßbauern nach **Velbert** (Friedr. Aug. Brunnhler) R.
 - von Schlossern und Schmieden nach **Berlin** (Mittmann, Motorfahrzeugfabrik); nach **Großenhain** (Webstuhlfabrik); nach **Ludowig** bei Kronenberg (Gleff); nach **Ludowig** (A. G. Voigt, Maschinenfabrik); nach **Mühlhausen i. Glf.** (Weierle, Fabr. für Zinkornamente, Eisenkonstr. und Kunstschmiede).
 - von Schraubendrehern nach **Schwarzenau** bei Kronenberg (Gleff);
 - von Silberschlägern nach **Schwabach** (Mühl) R.
- (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; M.: Aussperrung; D.: Differenzen; N.: Maßregelung; W.: Mißstände; R.: Lohn- oder Wkford-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Städtische und staatliche Unterstützung gewerkschaftlicher Arbeitslosenkassen.

Die von der Wirtschaftskrise verursachte ausgedehnte Arbeitslosigkeit hat die Staats- und Gemeindebehörden in Deutschland wie im Ausland genötigt, sich mit dieser unglücklichen Folgeerscheinung der faulen kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu beschäftigen, wozu freilich in den meisten Fällen erst die Vertreter der organisierten Arbeiter den Anstoß gegeben haben. In den dadurch veranlaßten Debatten haben sich die meisten bürgerlichen Politiker wie Minister und Bürgermeister bemüht, auf dem traditionellen niederen Niveau der Auffassung und Behandlung der Frage der Arbeitslosigkeit zu bleiben, wonach dieselbe so gleichgültig wie möglich hinzunehmen und im Uebrigen als eine Sache der Armenbehörden hinzustellen ist. Steinklappen, Erdarbeiten und Almosen erschöpfen die sozialpolitische Weisheit der Spießbürger in der Frage der Arbeitslosenunterstützung.

Seitens der Arbeitervertreter ist dieser alten schablonenhaften Auffassung der Arbeitslosenunterstützung gegenüber immer wieder mit Entschiedenheit betont worden, daß die Fürsorge für die arbeitslosen Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine

heilige Pflicht der Gesamtheit sei, daß die Schaffung von Nothstandsarbeiten wie die in Ermangelung von solchen gewährte Baarunterstützung nicht als Almosen mit entehrenden Folgen taxirt werden dürfen, sondern als eine Nothstandsunterstützung ohne Verlust der politischen Rechte. Dabei hat die „soziale Gesinnung“ mancher „berühmter bürgerlicher Politiker“ die Probe schlecht bestanden. Es sei nur an die Art der Behandlung der Arbeitslosenfrage in der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M., dem Hauptstich der süddeutschen Demokratie erinnert, wo man sie als eine Armenfrage auffaßte und ferner daran, wie in derselben „demokratischen“ Stadt die Polizei gegen die Arbeitslosen verfuhr. Nicht unerwähnt sei auch, daß sich der Urheber eines Entwurfs für kommunale Arbeitslosenversicherung, Herr Sonnemann, der in der Stadtverordnetenversammlung sitzt, in dieser schweren Zeit der Arbeitslosigkeit, da auch sein Projekt sehr aktuell sein müßte, für dasselbe nicht gerührt hat.

Wohlfach haben aber die Arbeitervertreter in den Behörden neue Vorschläge für die Form der Arbeitslosenunterstützung gemacht. So beantragten in der Berliner Stadtverordnetenversammlung die sozialdemokratischen Vertreter: „Die Stadt hat sofort den Gewerkschaften größere Summen zur Verfügung zu stellen, damit diese aus ihren Unterstützungsfonds in ausgiebigeren Maße, als es ihnen jetzt möglich ist, für die arbeitslosen Mitglieder sorgen können.“ Wir haben nicht gelesen, daß der Antrag angenommen worden wäre. Dagegen haben in Belgien verschiedene Gemeinden den Gewerkschaften Beiträge zur Unterstützung der Arbeitslosen zukommen lassen. In Gent, Brüssel (10.000 Fr.), Molenbeek (3000 Fr.) und St. Gilles (4000 Fr.) und ferner haben die Bürgermeister von Brüssel und den Vorstädten an Kammer und Senat eine Petition gerichtet um gesetzliche Regelung der Versicherung gegen unfreiwillige Arbeitslosigkeit. Nach der deutschen Uebersetzung (siehe Nr. 50 des „Korrespondenzblatt“, Jahrg. 1901) ist diese Petition etwas unklar gehalten. Erst wird aus Zweckmäßigkeitsgründen der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung der Vorzug gegeben, dann aber die Nothwendigkeit einer großen mächtigen Institution, worunter offenbar die über das ganze Land ausgedehnte staatliche Arbeitslosenversicherung zu verstehen ist, betont. Es wird nämlich in der Petition folgendes ausgeführt:

„Unglücklicherweise erlaubt der gegenwärtige Stand der Gesetzgebung nicht die Intervention, welche die unerläßlichsten Bedingungen, die Garantie und die Sicherheit erheischen. In einem allein stehenden Vereine ist die ununterbrochene Wachsamkeit der Mitglieder notwendig und möglich. Dies würde aber nicht so sein, wenn die Kommune eine offizielle Kasse schaffe. So hat denn auch die Meinung Oberhand gewonnen, daß man der privaten Initiative die Gründung solcher Institutionen überlasse, diese aber subventionire aus den öffentlichen Kassen. Um diese Interventionen wirksam und möglich zu machen, glaubte der Gesetzgeber, daß es genüge, den professionellen Verbänden, den Gewerkschaften und Fachvereinen, welche die gesetzlichen Bedingungen erfüllen, den Charakter einer juristischen Person zu ertheilen. Aber da der Verband nur die Mitglieder einer Profession umfaßt, so hat dieser keine Aussicht auf Erfolg. Ein einziges schlechtes Jahr für diese Profession genügt, um den Verband zu ruiniren. Es wäre zu wünschen, wie in allen ernstlichen Versicherungsinstitutionen, daß die Risiken der Einzelnen getragen würden von einer großen mächtigen Institution, die offen ist für Alle. Dieser Standpunkt aber erfordert eine große Gegenseitigkeit.“ — Einen Erfolg hat diese Petition bisher nicht gehabt.

In Dänemark hat die sozialdemokratische

Fraktion des Folkething (Parlaments) Anfangs Dezember 1901 drei Gesetzesentwürfe eingebracht zur Fürsorge für die Noth der Arbeitslosigkeit. Diese Gesetzesentwürfe verlangen: 1. Einen Beitrag aus der Staatskasse bis zu 500,000 Kronen jährlich an die Arbeitslosenunterstützungskassen der Gewerkschaften. 2. Anlässlich der gegenwärtig herrschenden außerordentlichen Arbeitslosigkeit, innerhalb des laufenden Finanzjahres einen Beitrag aus der Staatskasse zur Unterstützung Arbeitsloser auf Antrag der Kommune bis zu einer Summe von 25 Dore (1 Dore = 1,1 Pfg.) per Kopf der Einwohnerzahl der einzelnen Kommunen. Insgesamt sollen hierfür 600,000 Kronen (1 Krone = 1,12 Pfg.) als Höchstsumme aufwendet werden. 3. Wird die gesetzliche Einführung des achtstündigen Arbeitstages verlangt. Es handelt sich dabei also um Staatsbeiträge an die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung und um die Verkürzung der Arbeitszeit durch die Einführung des Achtstundentages zu dem offenbaren Zwecke, der übermäßigen Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital eine Grenze zu ziehen, gleichzeitig aber auch der Ueberproduktion bis zu einem gewissen Grade vorzubeugen. Die sozialdemokratischen Entwürfe gelangten noch im Dezember zur ersten Berathung, wobei die Arbeitervertreter dieselben mit Geschick und durchschlagenden Gründen vertheidigten. So zeigte der Abgeordnete Jensen unter Anführung von Zahlen die Ausdehnung der Arbeitslosigkeit und ferner die Leistungen der Gewerkschaften zur Unterstützung der Arbeitslosen. „Die Arbeitslosigkeit hat in diesem Jahre in Dänemark einen außerordentlichen Umfang angenommen. Unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zählte man im November 1899 nur 5108 = 6 Proz. Arbeitslose, 1900: 13,799 = 17 Proz., November 1901 aber 17,599 = 21 Proz. der ca. 83,000 Mitglieder. Berechnet man diesen Prozentsatz auf die sämtlichen erwachsenen Arbeiter der dänischen Industrie (ca. 150,000) so kommt eine Arbeitslosenzahl von 30,000 heraus. Dazu kommen dann noch die Arbeitslosen in der Hausindustrie, in der Landwirtschaft und im Handel. An Arbeitslosenunterstützung zahlten die Gewerkschaften 1900: 236,112 Kronen, 1901: 320,564 Kronen, wogegen 1899 nur 117,000 Kronen hierfür verausgabte wurden. In den einzelnen Berufen wurden außerordentlich hohe Beiträge hierfür aufgebracht: die Böttner zahlten pro Mitglied im Jahre 1901: 24,70 Kr., die Schmiede: 18,30 Kronen, die Bautischler: 16,35 Kronen, die Buchdrucker: 10 Kronen.“ Die Entwürfe wurden sodann einer Kommission von 15 Mitgliedern überwiesen.

Auch in Oesterreich wurde die Frage der staatlichen Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen auf die Tagesordnung des Parlaments gebracht. Es war der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Dr. Adler-Wien, der im niederösterreichischen Landtage folgenden Antrag stellte: „Der Landtag wolle beschließen: Dem Landesauschuß wird ein Kredit von 50,000 Kronen (1 Krone = 35 Pfg.) eingeräumt mit dem Auftrage, aus diesem Kredit den Gewerkschaften und Fachvereinen der Arbeiter in Wien und Niederösterreich zu diesem Zwecke Subventionen zu gewähren, um ihnen zu ermöglichen, jenen arbeitslosen Mitgliedern, die die ihnen statutengemäß gebührende Arbeitslosenunterstützung bereits in Anspruch genommen haben, weitere Aushilfen zu gewähren. Diese Subventionen sind auf jedesmaliges Einschreiten der Vereine zu gewähren und von den Vereinen detaillirte Berichte über die Verwendung der Summen zu verlangen.“ Die berückichtigten „Christlich-Sozialen“ brüllten Adler nieder, als er den Antrag begründete und diesen selbst lehnten sie ab. Ja, wenn es sich um 50,000 Kronen für die Kleinmeister, der gedankenlosen und reaktionären Geselligkeit der reaktionären „Christlich-

Sozialen" gehandelt hätte, dann wäre der Antrag mit großer Mehrheit angenommen worden.

In der Schweiz ist die Frage der staatlichen und kommunalen Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen ebenfalls aufgeworfen worden. In Basel hat die Regierung ohne Weiteres der ca. 800 Mitglieder zählenden Arbeitslosenkasse des Arbeiterbundes (ähnlich den deutschen Gewerkschaftskartellen) einen Beitrag von 1000 Fr. bewilligt, weshalb sie dann aber im Großen Rat von kapitalistischen Politikern heftig angegriffen wurde. Unter denselben befand sich auch der „katholische Soziologe“ Abbot Dr. Feigenmüller, der mit Unterstützung über das anerkanntwertige Entgegenkommen der Regierung bemerkte: „Es ist nicht Aufgabe des Staates, die Arbeitslosen zu unterstützen, das ist vielmehr Sache der Kirche und der Privatwohlthätigkeit,“ das heißt, um mit Postalozzi zu reden, das Verscharren des Rechts in der Mistgrube der Gnade. So sieht in der Praxis die „Sozialreform“ und die „Arbeiterfreundlichkeit“ der ultramontanen Politiker aus. Für die eben der Arbeiter der geborene Knecht und Sklave des Kapitals und der geborene Unterthan der Kirche ist.

In der Stadt Zürich sind aus städtischen Mitteln 57,000 Fr. zur Unterstützung der Arbeitslosen verwendet worden und zwar hat diese Unterstützung den ausdrücklich betonten Charakter einer Nothstandsunterstützung, die nicht den Verlust der politischen Rechte zur Folge hat.

In der Stadt Bern besteht seit 1894 die fakultative städtische Arbeitslosenversicherung, deren Mitgliederzahl im Laufe der Jahre zwischen 300 und 500 schwankte und an die Jahr für Jahr aus städtischen Mitteln 10,000 Fr. und darüber beigetragen werden.

Einen ganzen Plan für die Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen durch Staat und Gemeinde hat das Schweizerische Arbeitersekretariat in seiner kürzlich veröffentlichten Schrift über Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsnachweis, die ein Gutachten über diese Fragen an das eidgenössische Industrie-Departement in Bern ist, aufgestellt. Er sieht gewerkschaftliche und kommunale Arbeitslosenversicherung vor, jedoch darf nur einmal dieselbe genommen werden, so daß sich beide Veranstellungen für die Versicherten gegenseitig ausschließen, im Hinblick auf den großen, in Betracht fallenden Kreis der Versicherten aber ergänzen würden. Für die kommunale Arbeitslosenversicherung kommen nach Greulich die 18 größten Schweizergemeinden in Frage. Für die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung schlägt Greulich die Schaffung von Industrieverbänden vor, um größere Organisationen zu erhalten, wobei er nach dem gegenwärtigen Stande der Gewerkschaftsbewegung auf die Zahl von 35,000 Mitgliedern kommt, worunter 6000 Metallarbeiter. Die Versicherungsbeiträge an die Gewerkschaften sollen derart aufgebracht werden, daß der Bund (die Eidgenossenschaft) für jedes Mitglied einen Gründungsbeitrag von 2 Fr. leistet, ferner an die jährlichen Unterstützungsausgaben, worüber die Gewerkschaften Rechnung und Belege an die zuständige Behörde einzureichen haben, die Hälfte. Bei der kommunalen Arbeitslosenversicherung sollen die Mitglieder, also die hier versicherten Arbeiter, ungefähr 60 Proz. der erforderlichen Beiträge, die Gemeinde, der Kanton (Einzelsstaat) und der Bund (das Reich) die übrigen 40 Proz. aufbringen. Die Unternehmer sollen nur bezüglich der Wanderarbeiter zur Beitragsleistung herangezogen werden.

Für beide Versicherungsarten wird auf den Anfang und die ersten Jahre der Einrichtung hin ein Bundesbeitrag von 60,000 bis 70,000 Fr. an den Gründungsfonds und ein Jahresbeitrag von 100,000 Fr. an die laufenden Ausgaben, ferner ein solcher von 150,000 Fr. an die 18 Versicherungsgemeinden berechnet. Die Gesamtausgabe des Bundes an die Arbeitslosenversicherung würde so im Laufe der Jahre auf 310,000 Fr. jährlich steigen, wobei dann aber etwa 200,000 Arbeiter, wovon 100,000 in den Gewerkschaften, gegen Arbeitslosigkeit versichert sein würden. Man darf auf den weiteren Gang dieser Angelegenheit gespannt sein.

Der Gedanke, Staat und Gemeinde an die Kosten der Arbeitslosenversicherung beitragen zu lassen bzw. sie zu Beiträgen zu verpflichten, ist durchaus berechtigt. In doch einmal, wie die Dinge seit einem Jahre lehren, die Massenarbeitslosigkeit unserer Tage durchaus keine private Angelegenheit mehr, sondern eine durchaus öffentliche und allgemeine Sache; und sodann erhalten heute alle möglichen Interessengruppen, wie Handwerksmeister, Landwirtschaft, Kaufleute, Industrie usw. in allen möglichen Formen Subventionen aus öffentlichen Mit-

telem, während für die Arbeiter allenfalls ein Almosen, eine Armenunterstützung mit entehrenden Folgen bereit ist. Was den Einen aber recht ist, ist den Anderen billig; insbesondere dann, wenn diese Andern die schwächste Interessengruppe, die Arbeiterklasse, ist. Selbstverständlich ist, daß eine solche Subventionierung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen für die Gewerkschaften selbst mit keinerlei Einschränkungen und Nachteilen verbunden sein dürfte, sonst wäre ein solcher Beitrag aus öffentlichen Mitteln für die Arbeiter ein Danaergeschenk, dessen Annahme sie ablehnen müßten.

Der achte Kongress des Schwedischen Eisen- und Metallarbeiterverbandes.

Wie schon kurz mitgeteilt, wurde am 23. März der achte ordentliche Kongress unserer schwedischen Bruderorganisation in dem neuen Heim der Stockholmer Arbeiterbewegung, Volkshaus (das Volkshaus) eröffnet. Es ist dies der größte Kongress, der von einer einzelnen Gewerkschaft in Schweden abgehalten wurde, und für den Verband selbst ist er jedenfalls einer der wichtigsten. Außer dem Verbandsvorstand waren aus 106 Zweigvereinen 185 Delegierte erschienen. Der dänische Bruderverband war durch seinen Vertrauensmann Kollegen Hansen, der norwegische durch W. Ornestad vertreten.

Der Geschäftsbericht umfaßt die Zeit vom Januar 1900 bis März 1902 und wurde ohne Debatte angenommen. In dieser Periode war der Verband in 81 Konflikte verwickelt, von denen nur ca. der vierte Theil zum Kampf geführt hat, jedoch zum größten Theil mit Erfolg für die Organisation beendet wurden. Sie kosteten dem Verbands 105,551 Kronen (1 Krone = 1,12 Mk. d. R.-M.). Zur Unterstützung anderer Verbände sind in derselben Zeit 11,150 Kr. aufgebracht worden. Die Unterstützungs-kasse hat an Arbeitslosenunterstützung in der Zeit vom 1. Oktober 1899 bis 31. Dezember 1901 64,777 Kr. ausgezahlt. Die Agitation ist während der Berichtsperiode eine äußerst rege gewesen und, was noch besser ist, sie hat ein in Allem günstiges Resultat gezeitigt. Die Geschäftsstelle hat nicht weniger als 1605 Korrespondenzen zu erledigen gehabt und der Vorstand hielt 95 Sitzungen ab. Die Mitgliederzahl ist in der Zeit vom 30. September 1899 bis 31. Dezember 1901 von 10,284 auf 14,651 gestiegen, d. h. sie hat sich während etwas über zwei Jahre um über 50 Proz. vermehrt. Hierauf wurde dem Verbandsvorstand volle und dankbare Entlastung erteilt.

Die zweite Sitzung am 24. März beschäftigte sich sofort mit der Revision der Satzungen. Dem Programm des Verbandes wurde folgende Fassung gegeben:

a) Auf der Basis einer starken und guten Organisation der Arbeiter der schwedischen Eisen- und Metallindustrie, ihre sachliche und ökonomische Interessen zu fördern und zu wahren; b) Zweigstellen des Verbandes an allen Plätzen, wo solche nicht vorhanden, zu errichten; c) mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und in Verbindung mit der Arbeiterpartei für eine durchgreifende Schutzgesetzgebung, Minimallohn und Maximalarbeitszeit, zu wirken; d) für die Abschaffung aller Sonntag-, Ueberzeit- und Nachtarbeit einzutreten, sofern dieselbe nicht im Interesse der allgemeinen Entwicklung und des Verkehrs liegt; e) zu wirken für Schutz gegen Berufsgefahr durch die Unterstützung der Forderung auf eine solche Einrichtung der Arbeitslokalitäten, daß das Risiko des Arbeiters in Bezug auf Leben und Gesundheit in möglichst hohem Grade vermindert wird; f) durch Errichtung von Unterstützungs-kassen zu den verschiedenen Zwecken den Mitgliedern Schutz gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. zu bieten; g) an jedem Ort, wo Zweigstellen vorhanden, Arbeitsnachweise zu errichten.

Eine Erweiterung des Organisationsgebietes wurde im Programm ebenfalls geschaffen, indem ferner allen Arbeitern, sowohl Vor- als Hilfsarbeitern in der Eisen- und Metallindustrie, einbegreifen Gießschmiede und Arbeiter der Walzwerke, das Recht zum Eintritt in den Verband gestattet sein soll. Die Beitragsfrage wurde nach langer Debatte auf 30 Lere pro Woche erhöht, dem Antrage des Vorstandes gemäß, worin der Beitrag zu der Unterstützungs-kasse eingeschlossen ist. Nach Schluß der Sitzung hielt der dänische Vertrauensmann einen Vortrag über die Verhältnisse des dänischen Bruderverbandes. Wir entnehmen demselben, daß die Organisation in Dänemark bedeutende Fortschritte gemacht hat, was zum Theil das Resultat ist der irrvollen Aussperrung durch die Unternehmer 1898. Die beiden Organisationen der Arbeiter und Unternehmer, sind jedoch gegenseitig zur Erkenntnis ihrer Macht gekommen und haben gemeinsame Tarife geschaffen, die fast für sämtliche Arbeitsplätzen im Lande gelten, wodurch die kleinen

Konflikte aus der Welt geschafft sind. Besonders betonte der Redner das Streben des dänischen Bruderverbandes, internationale Beziehungen anzuknüpfen, die durch die ökonomischen Verhältnisse unserer Zeit zur Nothwendigkeit geworden sind. Der Vortrag wurde mit größtem Beifall aufgenommen.

In der Dinstags-Sitzung beschloß der Kongress die Anstellung eines besoldeten Sekretärs, der dem Vertrauensmann zur Seite stehen soll. Ferner sollen vier Plakexpeditoren gewählt werden, die dem Vorstande bei der Organisationsarbeit in den Distrikten zur Hand zu gehen haben. Sie werden von der Verbands-kasse für ihre Thätigkeit bezahlt.

Die Statuten für die Reise- und Unterstützungs-kasse nahmen ebenfalls eine geraume Zeit des Kongresses in Anspruch. Die Arbeitslosenunterstützung soll fernerhin 1 Krone pro Tag für Mitglieder, die dem Verbands ein Jahr angehören, und 1,50 Krone pro Tag für Mitglieder, die dem Verbands 5 Jahre angehören, betragen, für beide Gruppen jedoch nicht für mehr als 70 Tage innerhalb eines Kalenderjahres. Bedingung für die Inanspruchnahme der Unterstützung ist, daß das Mitglied dabei nicht berauscht erscheint.

Ein Gesuch von dem Vorstand des Stockholmer Volkshauses um Bewilligung einer Anleihe aus der Verbands-kasse wurde, nachdem die finanzielle Lage des Volkshauses eingehend geprüft wurde, mit 115 gegen 56 Stimmen genehmigt. Die Höhe der gewünschten Anleihe beträgt 20,000 Kronen.

Das Minimalalter für Eintritt in den Verband wurde auf 16 Jahre festgesetzt. Weibliche Mitglieder zahlen bis zum vollendeten 18. Lebensjahre nur halben Beitrag. Den Zweigvereinstatuten wurde der Passus beigefügt, daß am Plage, wo Spezialvereine für das betreffende Fach bestehen, ein Mitglied bei Uebergang in ein anderes Fach auch in den betreffenden Spezialverein übertreten muß. Ein Antrag auf freien Uebertritt von Mitgliedern anderer Organisationen in den Verband, wenn sie innerhalb seines Thätigkeitsgebietes Arbeit nehmen, für den Fall, daß ihre bisherige Organisation den Mitgliedern des Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes dasselbe Recht zugesprochen, wurde abgelehnt. Mitglieder, die in anderen Berufen Arbeit nehmen und sich den betreffenden Organisationen anschließen wünschen, haben sich gebührend abzumelden. Sie können dann, wenn sie wieder Arbeit innerhalb des Rahmens des Verbandes nehmen, diesen, ohne Eintrittsgeld bezahlen zu brauchen, beitreten.

Bezüglich der Frage um Gegenseitigkeitsverbündung mit Organisationen der Metallindustrie in Dänemark, die nicht dem Schmiede- und Maschinenarbeiter-Verbands dieses Landes angehören, lag ein Antrag vor. Es wurde dem Vorstande der Auftrag gegeben, Verbindungen mit den Organisationen in Dänemark und Deutschland behufs Gewährung gegenseitiger Reise- und Arbeitslosenunterstützung reisender Mitglieder anzubahnen.

Das Organ, „Samarbetaren“, (Der Eisenarbeiter) soll nach wie vor ein Mal monatlich erscheinen. — Der Krankenkasse des Verbandes wurde ein jährlicher Anschlag von 2000 Kronen bewilligt. Bezüglich des Achthundentages wurde darauf hingewiesen, daß der Verband durch seine Thätigkeit zur Verkürzung des Arbeitstages schon längst im Prinzip den Achthundentag anerkannt habe. — Zu dem Antrag auf Errichtung einer Produktivgenossenschaft erklärt der Kongress, keinen Beschluß fassen zu können, da die Frage bisher so wenig untersucht und geprüft ist. Er ermächtigt aber den Vorstand, der Frage näher zu treten und bei passender Gelegenheit nach genauer Prüfung den Mitgliedern einen diesbezüglichen Vorschlag zu unterbreiten zwecks Vornahme einer Abstimmung. Sollte diese für die Sache ausfallen, hat der Vorstand sobald als möglich zu versuchen, die Errichtung einer kooperativen Werkstätte zu verwirklichen.

Die Stellung des Vorstandes zu den event. zu errichtenden kommunalen Arbeitsnachweisen wurde dahin präzisirt, daß derartige Nachweise auf die vom Verbands errichteten keinen verändernden Einfluß ausüben dürfen und die Mitglieder des Verbandes nach wie vor den Verbandsnachweis in Anspruch zu nehmen haben.

Die zweifelsohne wichtigste Frage, die den Kongress beschäftigte, war der Anschluß an die Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften. Auf dem letzten Kongress wurde der Antrag abgelehnt, weil zunächst der jenen. Zwangsanschlußparagrah, auf Anschluß an die sozialdemokratische Arbeiterpartei innerhalb drei Jahre, in den Satzungen der Landesorganisation zu Recht bestand. Der damalige Kongress betonte, daß der Verband als solcher sich kein Bestimmungsrecht anmaßen wollte über die Stellung seiner Zweigvereine zu den politischen Parteien. Dieser Pa-

ragraph ist nunmehr aus dem Programm der Landesorganisation gestrichen. Die Stimmung für den Anschluß auf dem jetzigen Kongress war geteilt. Die beiden sich gegenüberstehenden Richtungen einigten sich schließlich dahin, daß eine Urabstimmung vorgenommen werden soll, wobei 2/3 Majorität für den Anschluß erforderlich ist, anstatt daß wie bei anderen Bestimmungen nach der Geschäftsordnung des Verbandes einfache Majorität entscheidet. Der Verbandsvorstand hatte dem Antrage zugestimmt, nachdem der Beitrag auf 30 Dere erhöht wurde. Öffentlich wird die Urabstimmung dazu führen, daß die weitaus stärkste und leistungsfähigste Gewerkschaftsorganisation des Landes sich mit den kleineren Organisationen solidarisch erklärt und den Anschluß an die Landeszentrale vollzieht.

Mit einem kräftigen Hoch auf die Organisation wurde der Kongress, nachdem die notwendigen Wahlen vorgenommen waren, am 29. März geschlossen. Als Vertrauensmann fungiert auch fernerhin Kollege Womberg.

Anschließend an diesen Kongress wurde am 29. März der vierte Kongress des schwedischen Formverbands im Volkshaus eröffnet. 33 Delegierte aus 33 Zweigvereinen waren erschienen. Nach dem Geschäftsbericht zählte der Verband im Januar 1899: 1518 Mitglieder in 43 Zweigvereinen, welche Zahl sich bis 1. Januar 1902 auf 1654 Mitglieder in 54 Zweigvereinen erhöht hatte. Der Bericht wurde nach kurzer Debatte genehmigt. Zunächst wurden die sanitären Verhältnisse in den Arbeitsstätten lebhaft erörtert und wurde folgender Beschluß gefaßt: „Der Kongress, der eine durchgreifende Verbesserung der sanitären Verhältnisse innerhalb der Ziegereien als eine reine Lebensbedingung des Formverbands betrachtet, beschließt: daß diese Frage in das Programm des Verbandes aufgenommen und bei allen passenden Gelegenheiten in den Vordergrund gehoben wird; daß die Arbeiter selbst auf jedem einzelnen Platz es als eine selbstverständliche Pflicht anzusehen haben, die diesbezüglichen Verhältnisse nicht in egoistischer Weise zu verschlechtern; daß die Zweigvereine auf jedem Platz, sowohl bei Vorarbeitern als Unternehmern nötige Verbesserungen zu fordern haben; daß, wenn ihre direkten und freundlich gestellten Forderungen ohne Resultat bleiben, sie die Zustände in der ihnen zur Verfügung stehenden Presse bloßlegen sollen; daß dem Vorstände der Auftrag gegeben wird, möglichst weitgehendes Material hierüber zu sammeln, dieses dann außer den in Betracht kommenden Unternehmern auch den resp. Gewerbeinspektoren zuzustellen. Ferner ist der Kongress der Ansicht, daß die Ablehnung dieser Forderungen durch die Unternehmer nach reiflicher Prüfung in ebenso hohem Maße wie Lohnforderungen zur Arbeitsniederlegung berechtigen.“

Der Anschluß an das internationale Formverbandssekretariat wurde abgelehnt, weil, so heißt es in der Motivierung, der Kongress die gemeinschaftliche Arbeit mit den übrigen organisierten Arbeitern des Landes durch die Landesorganisation in erster Linie als notwendig betrachtet. Dem Vorstände wurde jedoch das Recht eingeräumt, wenn er es für passend findet, die Frage den Mitgliedern zur Urabstimmung zu unterbreiten.

Bezüglich des Akkordlohnes wurde betont, daß der Kongress sich unbedingt auf den Boden des Stundenlohnes stellt und wo es die Verhältnisse erfordern, der Verband hinter diese Forderung sich zu stellen hat. Ein Lohnprogramm wurde angenommen, nach dem eine Arbeitszeit von 9 Stunden pro Tag oder 54 Stunden pro Woche als Forderung aufgestellt wird. Minimallohne von 30, 35, 45 Dere pro Stunde je nach dem Alter der Arbeiter werden ebenfalls gefordert, mit gebührendem Lokalaufschlag, den örtlichen Lebensverhältnissen angepaßt und 50 bis 100 Prozent Aufschlag bei Ueberstundenarbeit usw.

Außerdem wird voll garantirtes Koalitionsrecht gefordert, sowie eine Unfallversicherung von 1000 Kr. pro Arbeiter auf Kosten des Unternehmers. — Die Lehrlingsfrage veranlaßte verschiedene Beschlüsse, unter anderem, daß die Lehrzeit höchstens 4 Jahre, vom 16. Lebensjahr an gerechnet, betragen darf, und daß den Lehrlingen Gelegenheit geboten werden muß, sich Kenntnis in allen Details des Berufes zu erwerben. Nach vollendetem 18. Lebensjahr soll keiner mehr in den Beruf aufgenommen werden dürfen. Eine Forderung auf Minimallohn für die Lehrlinge wurde ebenfalls aufgestellt und soll dieser 15, 20, 22 und 25 Dere pro Stunde betragen, je nach dem Berufsalter.

Ein Antrag auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Verband wurde abgelehnt, jedoch den Zweigvereinen empfohlen, derartige Fonds zu gründen. Der Antrag auf Errichtung einer Krankenkasse wurde gleichfalls abgelehnt. Ein Beschluß in

der Frage, ob Arbeiter für Rechnung einer Firma, bei der gestreift wird, an anderen Plätzen ausgeführt werden dürfen, wurde herbeigeführt, und sollen hierfür keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. — Da der Kongress, als dieses geschrieben wird, noch nicht geschlossen ist, werden wir in der nächsten Nummer ein kurzes Referat über die noch behandelten Fragen bringen.

Erik Brunte.

Der schweizerische Gewerkschafts- und Arbeiterkongress.

Auf dem zu Osiern in Bern stattgefundenen Gewerkschaftskongress, der die Delegiertenversammlung des schweizerischen Gewerkschaftsbundes ist, sind Beschlüsse von weittragender Bedeutung für die schweizerische Gewerkschaftsbewegung gefaßt worden und zwar im Sinne des Ueberganges von der Zentralisation zur Dezentralisation.

Doch zuvor einige orientierende Bemerkungen darüber. Dem schweizerischen Gewerkschaftsbund gehören gegenwärtig 30 Verbände mit 482 Sektionen und 16,000 zahlenden Mitgliedern an; verschiedene Verbände, wie z. B. derjenige der Schuhmacher, stehen dem Bunde ferne. In dem an der Spitze desselben stehenden Bundeskomitee liegen bisher alle Fäden der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung zusammen; insbesondere lag die Leitung und Regelung des Streikwesens vollständig in seinen Händen. Über auch die gewerkschaftliche Agitation leitete es in der Hauptsache, und in der „Arbeiterstimme“, dem Organ des Gewerkschaftsbundes, das wöchentlich zwei mal in Zürich erscheint, steht ihm ein eigenes Blatt zur Verfügung.

Für das finanzielle Verhältnis der einzelnen Berufsverbände zu dem Gewerkschaftsbund sind drei Beitragsklassen von 10, 20 und 30 Cts. pro Mitglied und Monat aufgestellt; daneben besteht noch eine weitere Form, indem der gegen 2000 Mitglieder zählende Typographenbund einen Pauschalbetrag von 1500 Franken pro Jahr leistet. Als Gegenleistung bietet der Gewerkschaftsbund Streikunterstützung, Unterstützung von Gemäßregelten, Beiträge an die Kosten der Agitation, Vermittlung in Streitfällen usw. Die „Arbeiterstimme“ ist in beschränktem Sinne obligatorisch, indem die Mitglieder des Gewerkschaftsbundes verpflichtet sind, ein Arbeiterblatt zu abonnieren, das natürlich die „Arbeiterstimme“ sein sollte. In den That ist ihr der Beschluß zu Gute gekommen, aber ebenso auch den übrigen Arbeiterblättern.

Nach dem für die letzten 2 Jahre 1900 und 1901 vorliegenden Rechenschaftsberichte des Bundeskomitees betragen die Einnahmen 126,597 Franken, wovon 64,704 Franken obligatorische Beiträge und 41,271 Franken aus freiwilligen Sammlungen, sowie 20,621 Franken verschiedene Einnahmeposten; die Ausgaben 123,514 Franken, wovon 80,720 Franken für Streiks und Gemäßregelte, 9680 Franken für Agitation und Delegation, 9570 Franken Besoldungen und 23,543 Franken für verschiedene Sachen (Druckkosten, Posti, Prozeßkosten usw.). Der Vermögensstand betrug Ende 1901 8750 Franken, auf 16,000 Mitglieder und Angesichts der wichtigen Aufgaben des Gewerkschaftsbundes gewiß etwas wenig. Von den Streiks war derjenige der Glaser in Uzwil der langwierigste, unglücklichste und kostspieligste, er betrug über 30,000 Franken und dabei mußten die Streikenden mit ihren Familien erst noch großes Elend erdulden. Aus diesem Streik können unsere schweizerischen Kollegen manche gute Lehre ziehen.

Streiks- und Lohnbewegungen kamen in den beiden Jahren 117 vor, wovon 69 (26 Streiks und 40 Lohnbewegungen) i. J. 1900 und 48 (26 Streiks und 22 Lohnbewegungen) im Jahre 1901. Von den Streiks hatten 55 ganzen, 15 theilweisen und 11 keinen Erfolg; von den Lohnbewegungen verliefen 48 ganz, 7 theilweise günstig und ebenfalls 7 ungünstig. Angesichts der Hitze und des weiteren Umstandes, daß es sich dabei vielfach um Wechselkämpfe handelte, kann man dieses Verhältnis der günstig zu den ungünstig verlaufenen Kämpfe als ein durchaus günstiges bezeichnen.

Die „Arbeiterstimme“ liegt im verflossenen Jahre auf 4700 Abonnenten, gegenwärtig zählt sie deren nur 4000. Um eine höhere Abonnentenzahl zu gewinnen und zugleich mehr Stetigkeit für den Abonnentenstand zu erlangen, beantragte das Bundeskomitee, dem Gewerkschaftskongress die Einführung des vollen an Stelle des beschränkten Obligatoriums, doch stieß der Antrag vielfach auf Widerstand. Einmal hatten die Metallarbeiter die Absicht auf Herausgabe eines eigenen Verbandsorgans, in welchem Sinne auf ihrem Verbandstage auch beschlossen wurde und wovon die notwendige Folge der Verkauf der Abonnenten der „Arbeiterstimme“ in den Metallarbeiterkreisen ist. Und sodann waren alle Freunde der lokalen Arbeiterpresse, die sich in den letzten 15 Jahren an verschiedenen Orten entwickelte, gegen das Obligatorium der „Arbeiterstimme“ und überhaupt gegen deren Weitererhalten, um mehr Raum für jene zu gewinnen.

In Bezug auf das gegenwärtige Verhältnis der Verbände zum Gewerkschaftsbund bezw. Bundeskomitee machte sich schon seit längerer Zeit Unzufriedenheit geltend. Man empfand das Verhältnis als eine unangenehme Abhängigkeit und Bevormundung und in finanzieller Beziehung insofern als nachtheilig, als die Beiträge an den Gewerkschaftsbund einen großen Theil der Beiträge, welche die Verbände selbst von den Sektionen erhalten, verschlingen und die Folge davon leere oder schwache Verbände sind, während auf der anderen Seite gewöhnlich

auch die Kasse des Gewerkschaftsbundes keine erheblichen Summen enthält. Man strebte also darnach, das Schwergewicht der Gewerkschaftsbewegung in die Verbände zu verlegen, sie selbstständig und vom Gewerkschaftsbund unabhängig zu machen, sowie sie finanziell zu kräftigen, und zu diesem Zwecke stellte der Gipser- und Malerverband folgenden Antrag:

1) Der Gewerkschaftsbund löst sich in seiner gegenwärtigen Form auf und konstituiert sich neu unter hauptsächlichster Anlehnung an Art. 3 und 5 des gegenwärtigen Statuts zwecks gegenseitiger Hilfeleistung und einer einheitlichen Leitung.

2) Oberste Leitung bildet ein Bundeskomitee, welches die Verbindung der Verbände untereinander reguliert, dieselben in der Organisation thätig unterstützt, indem es dieselbe möglichst einheitlich zu gestalten sucht; es überwacht das gesammte wirtschaftliche Leben, fördert die gewerkschaftlichen statistischen Erhebungen, übernimmt überhaupt Alles, was zur Hebung der gewerkschaftlichen Organisation von Nutzen sein kann.

Auf Wunsch stellt es auch den Verbänden zur Vermittlung bei Konflikten irgend welcher Art zur Seite.

Die Ergebnisse seiner Beobachtungen und die Vorgänge von allgemeiner Bedeutung innerhalb der Verbände, sowie der Organisation anderer Länder theilt es in einem wöchentlichen Blatte den Verbänden mit und stellt es in solcher Zahl zur Verfügung, daß es jeder Verbands- und Sektionsvorstand erhält.

Zwei bis drei Mitglieder des Bundeskomitees sind fest besoldet und sollen dieselben alle drei Sprachgebiete persönlich agitatorisch bearbeiten können und die Redaktion des Blattes besorgen.

3) Zur Bestreitung aller aus oben Genanntem entstehenden Kosten zahlen die Verbände einen monatlichen Beitrag von 5 Cts. pro Mitglied an das Bundeskomitee, welches denselben im Blatte quittirt.

Ueber diesen Antrag wurde auf dem Gewerkschaftskongress in Bern eine mehrstündige Debatte geführt, an der sich über 20 Redner beteiligten, wovon die meisten in zustimmendem Sinne. Entschieden bekämpft wurde er von den Vertretern der Textilarbeiter und des Bundeskomitees, die eine schwere Schädigung der kleineren Verbände wie der gesammten Gewerkschaftsbewegung von der Annahme des Antrages befürchteten. Allein das Endergebnis war die Annahme des Malerantrages mit 192 gegen 55 Stimmen. Damit ist ein wichtiger Schritt in der Reorganisation der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung gemacht, indessen muß erst die Erfahrung lehren, ob er auch zweckmäßig und nützlich war.

Zur notwendigen Statutenänderung, Wahl der beiden Sekretäre usw. soll in den nächsten Monaten eine außerordentliche Delegiertenversammlung des Gewerkschaftsbundes einberufen werden. Als neuer Vorort wurde, nachdem Zürich, wo er 10 Jahre lang gewesen, eine Wiederübernahme abgelehnt, Bern gewählt. Aus den weiteren Verhandlungen des Kongresses sei noch erwähnt die Annahme einer Protestresolution gegen den neuen Zolltarif, der eine bedeutende Erhöhung der Lebensmittelzölle, allerdings auch der Industriezölle usw. vorsieht und ferner die Annahme einer Resolution, betreffend die Abschaffung der Nacharbeit in den Mühlen.

Am Diermontag fand in der französischen Kirche der schweizerische Arbeitertag statt, der von 334 Delegierten besucht war, die nominell 156,000, in Wirklichkeit vielleicht 60,000 bis 80,000 Mitglieder von Gewerkschaften, Grüllvereinen, katholischen Organisationen und Krankenkassen vertraten.

Auf der Tagesordnung standen der neue schweizerische Zolltarif, die Neutralität der Gewerkschaften und die Revision der Haftpflichtgesetze. Die Behandlung des ersten Punktes bot das traurige Schauspiel, daß der Arbeitersekretär Grewlich ein Referat für den Zolltarif hielt, im Widerspruch mit der Anschauung der gesammten Arbeiterschaft und der Arbeiterinteressen. Einstimmig wurde eine Protestresolution gegen jede Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel und Gebrauchsgüter angenommen und so Grewlich in einer Weise desabonirt, wie es wohl noch keinem Arbeiterführer passirte.

Erregte Debatten wurden über die Neutralität der Gewerkschaften geführt. Referenten hierüber waren Genosse FÜRCHOLZ, Solothurn und der Altkantonale Dr. DECURTINS=LAMM (Graubünden), beide Advokaten. FÜRCHOLZ zeigte und wies nach, wie die ultramontanen Politiker gar nicht daran denken, die unter ihre Aufsicht gerathenen Arbeiter in die Gewerkschaften zu schicken und daß sie im Gegentheil eifriger denn je katholische Arbeitervereine gründen und noch zu diesem Zwecke den Gewerkschaften Mitglieder entziehen; ferner, wie in elender, verlogener und schmutziger Weise die katholische Presse die Sozialdemokratie und die ganze Arbeiterbewegung schmähzt und bekämpft. Wer es gibt in unieren Reihen Politiker, welche trotz alledem glauben, ohne die Ultramontanen im Arbeiterbund nicht weiter bestehen zu können, und so wurden folgende zwei Punkte der vom Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes beantragten und von FÜRCHOLZ vertretenen Resolution nicht, wie zu wünschen gewesen wäre, angenommen, sondern dem Bundesvorstand überwiegen, was wohl mit ihrer Beiseitelegung gleichbedeutend ist; die beiden Punkte lauten:

2) Da der Katholikenverein (früher Piusverein) keine Arbeiterorganisation, sondern ein katholischer Propagandaverein ist und für dessen Beschlüsse und Aktionen Niemand die Verantwortlichkeit innerhalb des Bundesvorstandes übernehmen kann, gehört derselbe nicht in

energischen Protest gegen die verschiedenen entstellten, ja man muß sagen erlängenen Berichte, verschiedener Organe der Schatzmacherpresse. In ungefähr einjährigem Referat erklärte der Vorsitzende des Arbeiter-Ausschusses der Firma Zeiß, daß von einer Differenz zwischen der Arbeiterschaft und der Leitung der Firma Zeiß bezw. des Professors Abbe gar keine Rede sein könne. Bismehr sei Professor Abbe in vollständigem gutem Einvernehmen von den Arbeitern, bezw. der mit ihm in Verhandlungen getretenen Arbeiterauschusskommission geschieden. Mit keinem Wort habe er geäußert, Jena dauernd zu verlassen und nach Lugano (Schweiz), seinem jetzigen Aufenthaltsort, überzusiedeln. Gleich Anfangs seiner Rede geißelte der Referent verschiedene Schreibereien einiger Schatzmacher-Organen. Den Anfang mit diesen gehässigen, boshaften Hebereien machte die „Jenaische Zeitung“. Ein anderes dort erscheinendes Blatt, das „Jenauer Volksblatt“, brachte hierauf mehrere, alle derartige, übertriebenen Gerüchte demontierende Artikel. Die Geschäftsführung der Firma Zeiß sandte ebenfalls einen der Wahrheit entprechenden Bericht an die Jenaische Zeitung. Doch auch dieser wurde nur entstellt wiedergegeben. Wir hat sich Angeichts all dieser Hebereien folgende Ansicht aufgeklärt: Jemand eine Person der Firma Zeiß, welcher alle die von Humanität und sozialer Denkart zeugenden Einrichtungen der Firma Zeiß ein Dorn im Auge sind, möchte (auf welche Art kommt es dieser gewissenlosen Person nicht an) zwischen der Arbeiterschaft und der Leitung der Firma des Professors Abbe einen Konflikt herbeizuführen. Daß dies niemals eintritt wird, liegt nur daran, daß, wie der Referent ausführte, „die Geschäftsführung bez. der Professor Abbe auf viel zu fortschrittlichem Standpunkt stehen, um sich gegen Neuerungen oder Verbesserungen, die für das gesamte Personal der Firma von Nutzen sind, zu verschließen.“ Im Gegenteil habe Professor Abbe schon öfter den Arbeitern der Firma gegenüber geäußert: „Sorgen Sie dafür, daß die Arbeiterschaft anderer Betriebe sich Vortheile erkämpft, dann können auch wir wieder einen Schritt weiter gehen.“ Angeichts dieser Thatsachen könnte man es wohl kaum begreifen, wenn die Arbeiter der Firma Zeiß es aus purem Uebermut, will ich einmal sagen, zu einem Konflikt oder Krieg zwischen der Firma Zeiß und der Arbeiterschaft derselben kommen ließe. Dazu sind dieselben schon viel zu aufgeklärt. Für die Schatzmacher wäre dies ja natürlich einmal ein gefundenes Fressen und Stoff auf lange Zeit, aber sie müssen sich gedulden, diesen Gefallen erweisen ihnen die Arbeiter nicht, es sei denn, sie wären von ebensolch einseitiger Dummheit und Beschränktheit wie es die meisten Schatzmacher sind.

Kronenberg. Nachdem die Organisation hier festen Fuß gefaßt, sollte es auch schon zu kämpfen kommen und zwar war es die Firma Cleff-Schneidmühlen, Schraubenfabrik, welche glaubte, den Kampf mit dem Metallarbeiterverbande aufnehmen zu können. Cleff beschäftigt insgesamt 34 Arbeiter, von denselben hatten 11 in einer Mitgliederversammlung am 9. März ihren Beitritt zum Verbande vollzogen. Am Samstag darauf wurde denselben gekündigt mit der Motivierung: „Ich will keine Arbeiter haben, die in dem Verband sind, da bleibt man nicht mal mehr Herr in seiner Bude.“ Wenn aber der Unternehmer glaubte, durch diesen Schreckschuß Jemanden einschüchtern zu haben, so hatte er sich mächtig getäuscht. Das Gegenteil trat ein. Alle Arbeiter (mit einer Ausnahme) als auch die dort beschäftigten Arbeiterinnen traten daraufhin sofort unserem Verbande bei, und schickten eine Kommission vor, um die Zurücknahme der Kündigungen zu erwirken. Als dieses nicht geschah, reichten sämtliche Beschäftigten Herrn Cleff ihre Kündigung ein. Der Unternehmer hatte das nicht erwartet, denn er versuchte während der Kündigungsfrist alles, um Einzelne der Arbeiter zum Umfall zu bewegen; doch vergebens. Ehe die Kündigungsfrist abgelaufen, hatte sich Herr Cleff eines besseren besonnen und nahm seine Maßnahme zurück, den Arbeitern den Sieg überlassend. Die Sache hatte auf einen Irrthum beruht, wie Herr Cleff meinte: „Er hatte nicht gewußt, daß in anderen Betrieben hier am Platze auch Arbeiter in dem Verbande wären.“ (Eil! Eil!) Die Organisation ist nunmehr in mannschaftlichem Fortschritt begriffen. Die beiden letzten Versammlungen, in denen Kollege Dörmann (welcher auch als Vorsitzender unserer Verwaltung fungiert) referierte, waren überaus hart besetzt, durch jubelnden Beifall wurden des Referenten die Ausführungen des Referenten unterbrochen; dies femer zeichnet die Stimmung, welche unter den Kollegen herrscht. Die Allgemeine Verwaltung zählt nunmehr über 280 Mitglieder, gegenüber 72 am 1. Januar 1902, und fortgesetzt können neue Mitglieder zu. Hierzu die Sektion der Schleifer, welche über 130 Mitglieder zählt, verzeichnen wir nunmehr ca. 400 Mitglieder am Orte, wo vor fast Jahresfrist noch kein Mitglied zu verzeichnen war. Uns aber werden die bisherigen Erfolge nur zu neuer Thätigkeit anspornen.

r. Nürnberg. Mit der Frage der Einführung der Krankenversicherung bezw. mit der eventuellen Verschmelzung der Metallarbeiter-Krankenkasse mit unserem Verband beschäftigten sich die zwei letzten Mitgliederversammlungen der hiesigen allgemeinen Verwaltungskasse. Kollege Mülling hatte zu dieser Frage das einleitende Referat übernommen. An seine Ausführungen knüpfte sich eine sehr lebhaft diskutierte. Es gelangte schließlich folgender Antrag zur einstimmigen Annahme: „Die Mitgliederversammlung der allgemeinen Verwaltungskasse Nürnberg erkläre in dem weiteren Ausmaß der bestehenden, sowie in der Einführung neuer Unterstützungseinrichtungen ein hervorragendes Mittel, um unsere Mitglieder an den Verband zu fesseln. Die Versammlung spricht daher den Wunsch aus: Die demnächst zu München tagende Generalversammlung der Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter möge ihre Zustimmung geben, daß Schritte eingeleitet werden, die eine Verschmelzung beider Organisationen, Krankenkasse und Verband, in geeigneter Weise herbeiführen. Sollte wider Erwarten die Generalversammlung der Krankenkasse eine ablehnende Haltung einnehmen, so ersucht die Versammlung den Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, er möge der im nächsten Jahre zu Berlin stattfindenden Generalversammlung eine die Krankenversicherung betreffende Vorlage unterbreiten. Eine

Kampfsorganisation wie der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat auch die Aufgabe, den Mitgliedern eine Krankenversicherung zu gewähren, die sie auch dann beanspruchen können, wenn sie infolge von Streiks, Aussperrungen, Differenzen oder anderen Ursachen ihren bisherigen Wohnort verlassen müssen. Aus diesen Gründen hält die Versammlung es auch für sehr zweckmäßig, wenn die übrigen Verwaltungskassen des Verbandes schon jetzt diese Frage in ihren Versammlungen besprechen.“

Niemtscheid. Zwischen den Formern und der Firma Spieß (Niemtscheider Eisenhütte) ist es zu Lohnstreitigkeiten gekommen. Nachdem schon im vorigen Jahre den dort beschäftigten Arbeitern ein Lohnabzug von 5 Proz. gemacht worden war, wurde im Januar dieses Jahres einem Theil der Arbeiter wegen Arbeitsmangel gekündigt. Trotzdem die Firma auf die Entlassungsbefehle geschrieben hatte, daß, sobald die Arbeit wieder besser ginge, sie die erlitten sein würden, welche wieder eingestellt würden, wußte man es jedoch so einzurichten, daß dieselben nicht wieder eingestellt wurden. Kaum acht Tage später wurden andere Formern, und zwar zu niedrigeren Löhnen, eingestellt. Zu gleicher Zeit wurde versucht, Akkordarbeit einzuführen. Nachdem sich mehrere Formern-Versammlungen mit diesen Verhältnissen befaßt hatten, wurde es den Kollegen anheimgestellt, hiergegen vorzugehen. In einer Werkstättenversammlung wurde eine Kommission gewählt, welche der Firma folgende Vorschläge machen sollte: 1) Gänzliche Befreiung der Akkordarbeit; 2) 5 Proz. Lohnzuschlag; 3) für Ueberstunden 10 Proz. und für Sonntagsarbeit 50 Proz. Lohnzuschlag; 4) zehnstündige Arbeitszeit. Jetzt beträgt dieselbe 10 Stunden 10 Min. Die Kommission wurde am Dienstag, den 1. April, vorbestellt, sie erreichte jedoch nichts, indem Herr Spieß sämtliche Forderungen kurzer Hand ablehnte. Eine nochmalige Unterhandlung hatte daselbe Resultat wie die erste. Hierauf kündigten sämtliche Formern und Reamacher. Sämtliche in Kündigung stehende Kollegen (21) sind im D. M. A. V. organisiert.

Technisches.

Krankheitserscheinungen bei Eisen und Kupfer. Im württembergischen Ingenieurverein, Sektion Stuttgart, hielt kürzlich Professor E. Seyn-Charlottenburg einen interessanten Vortrag über „Krankheitserscheinungen bei Eisen und Kupfer“.

Nach der Ansicht des Redners ist zu erwarten, daß mit fortschreitender Erkenntnis die scharfe Grenze zwischen lebender organischer und nichtlebender organischer Welt verschwindet. Verfolgt man das Verhalten der Metalle, insbesondere dasjenige des Eisens genauer, so stößt man auf Vorgänge, die mit den Lebensäußerungen der organischen, insbesondere der Pflanzenwelt weitgehende Ähnlichkeit haben. So wie im Frühling der Temperaturwechsel in der Pflanzenwelt lebhaft chemische Thätigkeit auslöst und eine enge Bauthätigkeit hervorruft, so vermag auch innerhalb von Metallen Temperaturwechsel Vorgänge zu veranlassen, die an Leben erinnern und im Allgemeinen als Kristallisationserscheinungen bezeichnet werden. Welch reiches Leben entfaltet sich innerhalb unseres technisch erzeugten Eisens bei Erhitzung und Abkühlung! Das Eisen nimmt hierbei gleich einem Chamäleon beständig wechselnde Gestalt an. Es ist zu erwarten, daß im Laufe solcher Umwandlungen das Metall auch Zustände durchläuft, in denen es für die praktische Verwendung mehr oder weniger ungeeignet ist; solche Zustände können als „krankhafte Zustände“ bezeichnet werden. Sie sind theils heilbar, theils nur durch völliges Umsmelzen zu beseitigen. Metalle können auch bereits bei ihrer Entstehung mit Krankheiten behaftet sein. Der Vortragende geht näher auf einzelne Krankheitserscheinungen ein und erwähnt zunächst die Folgen der Ueberhitzung bei kohlenstoffarmen Flußeisensorten. Auf Grund von Versuchen und an der Hand von Scaubildern leitet der Vortragende folgende Gesetze für die Krankheit des Eisens ab: 1) Wird kohlenstoffarmes Flußeisen bei Wärmegraden oberhalb 1000° gegülht, so tritt bei genügend langer Glühdauer Steigerung der Sprödigkeit ein. Diese Steigerung ist um so erheblicher und zeigt sich in um so kürzerer Zeit, je höher die Glühtemperatur liegt. Durch geeignete Wahl von Glühgrad und Glühdauer ist man im Stande, dem Metall innerhalb bestimmter Grenzen jede beliebige Sprödigkeit zu verleihen. 2) Rasches Wiedererhitzen auf etwa 1100° beseitigt die Sprödigkeit ganz oder theilweise. Hierauf kann ein Verfahren zur Heilung der Krankheitserscheinung gegründet werden. 3) Wird ein Flußeisen, welches längere Zeit bei genügend hohem Wärmegrad gegülht war, so daß es bei ungestörter Abkühlung Sprödigkeit zeigen würde, während der Abkühlung von diesem Wärmegrad bis zu heller Rothgluth mechanisch bearbeitet (gehämmert oder gewalzt), so zeigt es nach der Erstahlung keine Sprödigkeit mehr. 4) Der Bruch überhitzten Flußeisens zeigt meist großes Störn, aber nicht ausnahmslos, da ja die Art des Bruchformens von der Art der Erzeugung des Bruches abhängt. 5) Die einzelnen Kristallkörner, aus denen sich das Eisen aufbaut, sind im Zustande der Ueberhitzung oft von erheblichen Löcherungen. Zudem ist dies nicht ausschlaggebend für die Diagnose, da auch die Größe der Eisenkörner außer der Erhitzung auch die Art der Abkühlung Einfluß hat. Außerdem kann durch andauerndes Erhitzen von Flußeisen zwischen 700 und 850° (etwa 14 Tage) das Material in einen Zustand versetzt werden, in dem es unter dem Mikroskop sehr grobe Kristalle zeigt, in dem aber die Sprödigkeit ihr Minimum erreicht hat.

Auch Kupfer zeigt ähnliche Ueberhitzungserscheinungen wie Eisen. Es kann als durch Versuche ermittelt angegeben werden: 1) Die Wiegungsfähigkeit von Kupferdraht wird durch Ausglühen oberhalb 500° C. vermindert und zwar um so mehr, je höher die Glühtemperatur liegt. Bei gleicher Glühdauer nimmt die Wiegungsfähigkeit Anfangs rasch, später sehr allmählich ab und weicht sich asymptotisch einem Mindestwerth zu nähern. Dieser liegt um so tiefer, je höher die Glühtemperatur. Will man den höchsten Grad der Wiegungsfähigkeit durch Ausglühen z. B. eines hartgezogenen Drahtes erzielen, so hat man bei 500° zu glühen, wobei die Dauer des Glühens nicht ins

Gewicht fällt; oder es hat sehr rasches und kurzes Erhitzen auf eine höhere Temperatur bis etwa 1000° zu erfolgen. Oberhalb 1000° wird aber selbst nach kurzer Erhitzung die Wiegungsfähigkeit bereits merklich vermindert. 2) Rasches Wiedererhitzen überhitzten Kupfers auf etwa 1000° beseitigt die eingetretene Verminderung der Wiegungsfähigkeit nicht wieder. Hier besteht also ein Unterschied zwischen Eisen und Kupfer. 3) Durch das Ueberhitzen wurde die Größe der das Kupfer ausmachenden Kristallkörner erheblich gesteigert. Bei starker Ueberhitzung waren die Körner derart groß, daß sie mit bloßem Auge auf der gereinigten Drahtoberfläche erkannt werden konnten. Mit wachsender Ueberhitzung erfahren die Körner auch eine Orientirung: die Kristalle sind längs gestreckt und stehen senkrecht zur Drahtoberfläche. Die zwischen Eisen und Kupfer bezüglich ihres Verhaltens gegenüber Ueberhitzung bemerkten Unterschiede erklären sich durch die Umwandlungsprozesse, welche das Eisen bei etwa 900° durchläuft. Bei Kupfer treten derartige Umwandlungsprozesse nicht auf. Zum Schluß machte der Vortragende noch auf die sogenannte „Wasserstoffsprödigkeit“ des Kupfers aufmerksam, die in der Praxis noch unbekannt sein dürfte. Durch Glühen in Wasserstoff- oder Leuchtgasflammen, Wasserergasflammen usw., deren Luftzufuhr zeitweise ungenügend ist, um die Verhütung des glühenden Kupfers mit unverbrenntem Wasserstoff zu verhindern, kann im technischen Kupfer, falls darin Kohlenstoffgehalt von vornherein enthalten ist, was meist zutrifft, Rißbildung erfolgen. Das Kupfer ist dann praktisch völlig unbrauchbar. Die Erscheinung hat sich bereits mehrfach in der Praxis gezeigt. Der Vortragende hofft, daß den im Vortrag berührten metallographischen Untersuchungsmethoden bei uns in Deutschland allmählich mehr Beachtung geschenkt werden wird, denn es ist unzweifelhaft, daß nicht nur solche Ergebnisse der Wissenschaft für die Praxis von Bedeutung sind, die unmittelbar Produktionsverfahren an die Hand geben, sondern auch solche, die einen tieferen Einblick in das Wesen der erzeugten Metalle gestatten.

Eine Diesendampfmaschine. Unter dieser Etiketle berichtet wir in Nr. 14 von einer dreizylinderigen Compounddampfmaschine der Sulzer'schen Maschinenfabrik in Winterthur (Schweiz) mit 5000—6000 effektiven Pferdestärken. Der Freff. Btg., die auch darüber berichtete, wird nun dazu geschrieben, daß gerade jetzt ebenfalls ein Dampf-dynamo von 5000 Pferdestärken, also von der gleichen Leistung wie die Sulzer'sche, im Elektrizitätswerke der Stadt Frankfurt a. M. zur Aufstellung gelangt. Der Unterschied zwischen beiden besteht nur darin, daß in Frankfurt die Betriebsmaschine nicht eine Kolbendampfmaschine, sondern eine Dampf-turbine sein wird und zwar die größte, die zunächst überhaupt in der Welt existirt. Es ist interessant, die Gewichte dieser beiden Maschinenarten und einzelner ihrer Theile etwas näher zu betrachten. Wenn die Werke der beschriebenen Sulzer-Maschine wiegt 46,000 Kilogramm und das Magnetrad der Dynamo 96,000 Kilogramm, die beiden rotirenden Theile also unter vollständiger Auflagerlastung der sich ebenfalls bewegenden Kolben und Pleuelstange 144,000 Kilogramm. Dem gegenüber wiegt der ganze rotirende Theil einer gleich starken Dampf-turbine 9000 Kilogramm und derjenige der Dynamo 11,000 Kilogramm, zusammen also 20,000 Kilogramm, nicht einmal ein Siebtel der rotirenden Theile der anderen Maschine. Das Gewicht der ganzen beschriebenen Sulzer-Dampfmaschine ohne Dynamo ist zu 400,000 Kilogramm angegeben, während die ganze Turbine gleicher Leistung ca. 60,000 Kilogr. wiegt, also nur den sechsten Theil der Dampfmaschine. Der Dampfverbrauch wird für beide Maschinen der gleiche, für die Dampf-turbine vielleicht sogar etwas günstiger sein.

N u n d s c h a u.

Zur **Maifeier** haben die im „Bund der Arbeitgeberverbände Berlin“ vereinigten Schatzmacher in ihrer letzten Generalversammlung Stellung genommen. Die Delegirten der 17 vertretenen Verbände waren einstimmig der Ansicht, daß weder eine ganze, noch eine theilweise Freigabe des 1. Mai von den Mitgliedern zu gewarten sei. Einstimmig wurde beschlossen, daß Arbeiter, die am 1. Mai eine rechthaltige Gründe von der Arbeit fernbleiben, zu entlassen sind und in denjenigen Betrieben oder Werkstätten, wo sie bisher gearbeitet hatten, nicht vor dem 5. Mai wieder angenommen werden, dagegen bei anderen Arbeitgeber nicht vor dem 15. Mai d. J. Arbeit erhalten dürfen. Jedem Verbände steht es frei, diese Frist bis zur Wiedereinstellung zu verlängern. Jeder Verband ist verpflichtet, diesen Beschluß seinen Mitgliedern bekannt zu geben und für strenge Durchführung zu sorgen.

Zur Statistik der Streiks und Aussperrungen bringt das 1. Vierteljahrheft 1902 zur Statistik des deutschen Reichs eine summarische Uebersicht der Streiks im deutschen Reich im 4. Vierteljahr 1901. Nachträge zur Uebersicht für das 3. Vierteljahr 1901 und eine summarische Uebersicht der Aussperrungen im deutschen Reich im 4. Vierteljahr 1901. Vor dem 1. Oktober 1901 begannen und vor diesem Tage nicht beendet wurden 30 Streiks, wovon 26 im 4. Vierteljahr beendet wurden. Von dem 116 im 4. Vierteljahr 1901 begonnenen Streiks wurden 105 im 4. Vierteljahr beendet, so daß 131 Streiks beendet wurden. Streikenden waren 252 Betriebe, wovon 88 zu völliger Stillstand kamen. Die Höchstzahl der gleichzeitig streikenden Arbeiter betrug 5836, die Höchstzahl der gezwungen feiernden Arbeiter 1737. Zu der am 1. Oktober 1901 noch nicht beendeten 1 Aussperrung kamen im 4. Vierteljahr 5 neue hinzu; 3 Aussperrungen wurden beendet. Die Höchstzahl der gleichzeitig ausgesperrten Arbeiter betrug 31, wovon 2197 in 13 Ausperrungen betriebl. 727 in einer Uebersicht Schiffsverf. 275 in einer Weberei in Seidew. Die Webereiarbeiter hatten keinen, die Werftarbeiter vollen Erfolg.

Ein niedlicher Was ist in der Eisengießerei von Max Kahn in E n t s c h i. E. ange schlagen worden. Derselbe lautet: Es wird hiermit bekannt gegeben, daß diejenigen Leute, denen der Lohn für rückständige Steuern und Miete oder Geldstrafen oder Alimente beschlagnahmt oder gepfändet wird, auf der Stelle

Letzte Nachrichten.

Schwelm. Die Bolzenschmiede von Gerdes & Cie. haben sämtlich wegen Lohnhöhen gekündigt. Zugzug ist streng ferngehalten. Die Schrauben-Fabrikarbeiter, die geschmiedete Bolzenschrauben bearbeiten, werden besonders hierauf aufmerksam gemacht. (Wormen, Kronenberg, Hagen, Milspe, Alten-Börde, Düsseldorf und Berlin.)

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegen genommen.

Altenburg. Sonnabend, 19. April, Abends halb 9 Uhr, im "Tivoli". Vortrag: "Die Gewerkschaften als Kulturhebel". Referent: Redakteur Albert-Zwidau.
Altenburg. Sonntag, den 20. April, Nachm. halb 4 Uhr. Kombinierte Versammlung der bekannten Zahlstellen im "Weißen Hof" in Glauchau. Abfahrt 1/2 Uhr Nachm.
Altötting. Samstag, den 19. April, Abends 8 Uhr, im Gasthaus zu den 12 Aposteln.
Asterleben. Sonnabend, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, in Schräbers Lokal vor dem Wasserthor.
Baden-Baden. Samstag, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, im Bratwurftglockle, Steinstraße.
Barmen. Samstag, den 26. April, Abends punkt halb 9 Uhr, bei Thiel, Parlamentstraße 5, Barmen.
Berlin. Sonntag, den 20. April, Vormittags 10 Uhr, bei Diele, Uckerstraße 123, Morgensprache der Hobler, Bohrer, Fräser. — Sonntag, den 20. April, Vormittags 10 Uhr, Feilenarbeiter bei Weißner, Chausseestr. 72.
Berlin. Konferenzen der Vertrauensleute. Sonnabend, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, für Moabit, bei Fischer, Waldstr. 8. — Montag, den 21. April, Abends halb 9 Uhr, Kombinierte Konferenz der gesamten Vertrauensleute Berlins im Gewerkschaftshaus, Engel-ufer 15, großer Saal. L.-D.: Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress. Aufstellung von Kandidaten. — Donnerstag, den 24. April, Abends halb 9 Uhr, Konferenz der Vertrauensleute der Mechaniker im Gewerkschaftshaus. — Donnerstag, den 24. April, Abends halb 9 Uhr, Konferenz der Schlosser im Gewerkschaftshaus.
Bonn. Samstag, den 19. April, Abends 9 Uhr, bei Faf-bender, Kasernenstraße.
Braunschweig. (Allgem.) Sonnabend, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Werber 32.
Bremen. Sonnabend, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, im Vereinshaus, Hantelstraße 21/22.
Cannstatt. (Schmiede.) Sonntag, den 20. April, Vormittags 10 Uhr, in der Ente, Marktstraße. Ausflug.
Crimmitschau. Sonnabend, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, in Wnerts Restaurant, Johannstraße.
Colmar i. E. Samstag, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, in der "Stadt Schleißstadt".
Darmstadt. Samstag, 19. April, bei Sellrich, Hornschstraße 11.
Dortmund. (Allg.) Samstag, 26. April, Abends halb 9 Uhr, bei Mühlhagen, L. Kampstr. 73.
Döbeln i. S. Sonntag, den 27. April, Vormittags halb 11 Uhr, in Hempels Gasthaus, Neugasse.
Dohren. Samstag, den 19. April, bei Stahl, "Zur schönen Aussicht".
Dresden. Sonnabend, den 26. April, im Trianon, Schützenplatz. L.-D.: "Die Gewerkschaften als Kulturförderer und wie müssen diese beschaffen sein." Ref.: Herr Goldstein-Zwidau. — Die Gründung des Gewerkschaftshauses. — Von 8—11 Uhr Abends wird die Wahl zum Gewerkschaftskongress vorgenommen. Jeder Kollege hat sein Mitgliedsbuch mitzubringen. Ohne dasselbe darf niemand wählen. Einmündigkeit am Saalzugang. Die Mitglieder, welche nicht kommen können, wählen am 27. April in den bekannten Lokalen von 11—1 Uhr.
Durlach. Samstag, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, im Alten Feig.
Ebing in Westph. (Formier.) Sonntag, den 27. April, Nachm. halb 12 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Eilen-Altendorf. Sonntag, 27. April, Morgens halb 11 Uhr, bei Hartmann in Altendorf, See-Julien- und Bruchstraße.
Fischerwalde. Sonnabend, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, im Gesellschaftshaus Kanadort.
Frankfurt a. M.-Hed. saheim. Samstag, 19. April, Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Stolzestr. 13/15. — Für den Bezirk Oberhess: Montag, den 23. April, Abends halb 9 Uhr, im "Laurus", Effenbacherlandstraße 246.
Frankenthal. Sonntag, den 20. April, Nachmittags 3 Uhr, bei Wagnand, Belschlagstraße 33. Abrechnung vom ersten Quart. Stellung zum Gewerkschaftskongress. Kartell-Litz.
Freising. Sonntag, den 12. April, Abends 8 Uhr.
Gera-Kraß. Sonnabend, den 19. April, bei Beder, Waldstr. Sonntag.
Glauchau. Sonntag, den 20. April, Nachm. halb 4 Uhr, im Gasthof am Weißen Hof. Kombinierte Versammlung der Verwaltungsräte Altenburg, Gößnitz, Schmölla, und der Einzelmitglieder von Glauchau, Meerane, Grimmitzschau und Berda. Vortrag des H. Kroll: "Die wirtschaftliche Krise und deren Folgen". Verbandsangelegenheiten.
Glogau. Samstag, den 26. April, Abends 8 Uhr, in Weibners Restaurant, Schulstraße.
Guben. Sonnabend, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, im Volksgarten.
Halberstadt. Sonnabend, den 26. April, Abends 8 Uhr, bei Max Vollmann, Bakenstraße 63.
Hamburg. (Verfasser.) Freitag, den 29. April, Abends 1/9 Uhr, in der Concordia, St. Pauli.
Hannover. (Klempner.) Sonnabend, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, bei Böttcher, Langestr. 2.
Hannover-Finder. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, bei Ehr. Jense, Rebenstraße 1.

Harburg. Sonnabend, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, bei E. Lüpfenhop, I. Bergstr. 7.
Heidelberg. (Spengler.) Samstag, den 26. April, im Schiffswirthe's Bierkeller, Anlage.
Höchst a. M. Samstag, den 26. April, Abends 9 Uhr, in der Sonne.
Ingolstadt. Sonntag, den 20. April, Vorm. 10 Uhr, im Gasthaus zur Farbe, Paradeplatz. Vortrag.
Karlsruhe. (Sektion der Blechner und Installateure.) Samstag, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, in der Fortuna, Ludwigplatz.
Köln-Gründenthal. Sonntag, den 20. April, Vormittags 10 Uhr, bei U. Schwimg in Braunsfeld, Braunsfr.
Köpenick. Jeden Dienstag nach dem 1. des Monats. Jeden Sonnabend von 8—9 Uhr abend bei Kochlich, Müggelheimerstraße 2. Ebendasselbst Verkehrslokal.
Lehr. Sonntag, den 20. April, Abends halb 7 Uhr, im Bürgerpark.
Leipzig. Sonntag, den 27. April, Vormittags 10 Uhr, bei Hermann Schulze, Neujorge.
Leipzig. Sonnabend, den 26. April, im Gasthof zum Preussischen Hof.
Limburg. Sonntag, den 27. April, Nachm. halb 3 Uhr, im Hotel Johannebad.
Main. Samstag, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, bei Rothermund, Pfaffenstraße.
Meerane. Sonnabend, den 26. April, Abends 9 Uhr, im Thüringer Hof.
Mühlhausen i. Elz. Montag, den 28. April, Abends 8 Uhr, bei Schill, Schmiedstraße 3.
München. (Siebmacher und Drahtarbeiter.) Samstag, den 19. April, bei Niedermair, Klenzestr. 62.
Neustadt a. d. S. Samstag, den 26. April, Abends 8 Uhr, im Café "Bavaria".
Niedersiedlich. Montag, den 21. April, Abends halb 9 Uhr, im Lehmanns Restaurant, Groß-Bischdorf.
Oberhausen (Rheinl.) Sonntag, den 20. April, Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Wollender, Blumenhalstraße.
Offenburg. Sonntag, den 27. April, Vorm. 10 Uhr, im Schügen. Wahl eines Bevollmächtigten.
Oggersheim. Sonntag, den 27. April, Nachmittags halb 3 Uhr. Delegiertenwahl zum Gewerkschaftskongress.
Ostfriesenleben. Sonntag, 27. April, Vorm. 9 Uhr, bei Siebert, Heurnhauserstraße 33.
Pirna a. d. E. Sonnabend, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, im "Weißen Hof".
Pommersfeld. Samstag, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, bei Heide, Peterstraße. Vortrag des Gen. Dr. Rubensohn: Die Berufskrankheiten, deren Ursachen und ihre Beseitigung.
Potsdam. Mittwoch, den 23. April, Abends halb 9 Uhr, in der "Barnowhalle".
Singen. Samstag, den 19. April, Abends 8 Uhr, in der "Germania".
Stettin. Sonntag, den 20. April, Nachm. 2 Uhr, bei Stürmer, Grabower Schützenhaus. Hauptversammlung. Mai-feier. Aufstellung des Kandidaten zum Gewerkschaftskongress in Stuttgart etc.
Stettin. Sonntag, den 27. April, Nachm. 2 Uhr, im Grabower Schützenhaus. Hauptversammlung. Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress. Vortrag und Verbandsangelegenheiten.
Stralsund. Sonnabend, den 3. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Arbeiter-Kasino, Semlowwerstr. 19.
Stuttgart. Samstag, den 26. April, im Gewerkschaftshaus zum Gold. Varen, Eplingerstr. 17/19.
Trieren. Sonntag, 27. April, Vormittags 11 Uhr, bei Hubert Eßer, A. Bruchstraße 25.
Zittau. Samstag, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, im Bürgergarten.
Zwickauer. Samstag, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zum Kirchthal, Rosenstr. 46.

Berlin. Um die Adresse des Metallbrüders Gänzer, gebürtig aus Dresden, bittet die Ortsverwaltung Berlin.
Dohren. Da uns der Wirth Schmig sein Lokal entzogen hat, finden unsere Versammlungen jetzt bei Gastwirth Herrn Stahl "Zur schönen Aussicht" statt und fordern wir die Kollegen auf, nur dort zu verkehren.
Harburg a. d. Elbe. Bevollmächtigter: Heinrich Marx, Schlosser, Paris 7, part. Kassier: Adam Raiffing, Edelbütelfabrik 21.11.
Königsbrunn. Zeitungsabgabe und Markenverkauf bei A. Diebel, Gartenstr. 61.
Meerane. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß uns der Saal des Amtegartens zu Versammlungen nicht mehr offen steht; mögen die Kollegen darnach handeln.
Zabrze. Zeitungsabgabe und Markenverkauf bei G. Kozab, Kronprinzstr. 6 Hinterh. II.

Öffentliche Versammlungen.

Gleiwitz-Zabrze a. Ausg. Sonntag, den 27. April, Nachmittags 4 Uhr, im Goldenen Stern in Gleiwitz, Pleis-niserstr. 33. "Die wirtschaftliche Lage der ober-schlesischen Metallarbeiter und der Werth der gewerkschaftlichen Organisation". Referent: O. Vigel-Dreslau.
Göppingen. Sonntag, den 20. April, Vormittags halb 11 Uhr, im Lokal "Dreifönig". Zweck und Nutzen der Metallarbeiterorganisation. Referent: Bezirksleiter Friedrich-Karlstraße.
Jena. Sonnabend, den 19. April, Abends 8 Uhr, im Gasthof zur Krone. "Die Bestrebungen der modernen Gewerkschaften und die Gewerksvereine". Referent: D. Stücklen-Altenburg.
Karlsruhe. Samstag, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, im Apollotheater. "Die Ursache der Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Lage der Karlsruher Metallarbeiter". Ref.: Landtagsabgeordneter Emil Eichhorn und H. S. Gaier.
Lehr. Sonntag, den 27. April, Nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus zum Seiler, Bismarckstr. Referent: Hr. Friedrich-Karlstraße.
Oelsnitz i. N. Samstag, den 19. April, Abends 9 Uhr, im Bergschloßchen. Vortrag: "Eis- und Feuerbestattung".
Oberhausen. Samstag, den 26. April, Abends 8 Uhr, im Gasthaus zum Auler. Referent: Hr. Friedrich-Karlstraße.

Hoflau. Sonnabend, den 26. April, Abends 8 Uhr, bei Schreiber, Feldstraße. Referent: Koll. Ritsch-Maddeburg.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metall-Arbeiter (G. J. Nr. 29) Hamburg. Filiale Hammelburg. Sonnabend, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, im Lokal von Rud. Müller, Türschmidstraße 37. Vortrag des Herrn Conrad über: "Nervosität". Kassenbericht. Interne Kassenangelegenheiten.

Privat-Anzeigen.

Inserate werden nur gegen Vorauszahlung angenommen. Der Preis für die dreigespaltene Zeile beträgt 50 Pf.

Einige tüchtige Spengler

auf Weißblech-Arbeiten gesucht. Veder & Burckhardt, Speyer a. Rhein.

Erfahrener Former,

Gießer für Messingornamente, findet sofort Arbeit bei Eugen Braun Sohn, Straßburg i. Elz.

Formerwerkzeuge

aus Stahl, Messing, Bronze und Holz liefert sauber u. billigst Max Pfüller, Formerwerkzeugfabrik Ober-Oderwitz. Musterbuch und Preisliste gratis und franko.

Bei hoher Vergütung suche allerorts Herren, welche den Vertrieb meiner neuesten Artikel nebenebei übernehmen. Prospekte an Jedermann. Herrn. Wolf, Zwickau (Sachsen) Blücherstraße 12.

Feinste Süßrahmbutter, 8 Pfund netto für Mk. 8.20 versendet kostenfrei gegen Nachnahme. Former Albat, Schilgallen, p. Ruden (Ostpr.).

Gesucht wird der Schlosser Johannes Potrawa, geb. in Lubliniz, zuletzt in Leipzig in Stellung. In Folge Erbschaftsregulierung zu melden bei Theodor Potrawa in Görlitz, Brautwiefstr. 35.

Der Schlosser Carl Greeven aus Berlin wird ersucht, wegen dringender Sache seine Adresse einzusenden an Carl Butry, Berlin N 31, Straßburgerstr. 41, III.

Neu! Metallarbeiter! Neu!

Das geometr. Zeichnen u. die Projektionslehre als Grundlage für das gesammte techn. Zeichnen, enthaltend 33 Tafeln in photolit. Form, 18 x 25 cm in nie gebotener ausführd. Zusammenstellung, leicht faßlich bearbeitet v. D. Lippmann. Preis 5 Mk. Minderbemittelte können Exemulare von gleichem Werth, nur die Tafeln beiderseits bedruckt, gegen Ein-sendung von 3.40 Mk. franko erhalten.

Berlag v. F. G. Lippmann, Lötzen, Rejewigerstraße 19.

Der Metallarbeiter.

Hilfs- und Nachschlagewerk für Dreher u. Schlosser. Enthält Anleitung zum Härten, Bohren, Fräsen und Drehen. Die Zeitberechnung u. Drehen größerer Gegenstände auf der Plandrehbank, Berechnung der Tourenzahl von Maschinen. Das sonstige Drehen mittelst Reitstock u. Support. Gewindeberechnung nach Whitworth und Millimeter-Steigung, sowie Gewindetabellen für alle vorkommenden Gewinde, Konstruktion von Zahnrädern, sowie Fräsen von Zahnrädern und anderes.

Viele Anerkennungen. Zu beziehen durch Gouff. Haas, Köln-Ehrenfeld, Piusstraße 2a.

1 Stück M 1.80 (auch in Briefmarken) oder per Nachnahme M 2.—, 2 St. 3.60, 3 St. 5.40, 5 St. 8.20 und 10 Stück 16.— bei freier Zusendung. Bei 10 St. 1 Freie Exemplar.

Dieselbst zu beziehen: 14

Der praktische Fabrik-Schlosser.

Enthält Mittheilungen über Erzeugung von Eisen, Stahl, Kupfer etc., Behandlung des Stahls, sowie die Fehler in der Stahlbehandlung. Ausführl. über Härten des Stahls. Das Lötten. Das Nieten. Flächen- u. Körperberechnungen. Zahnrad-Berechnungen. Berechnungen der Tourenzahl von Maschinen u. s. w. u. s. w.

1 Stück M 1.50 (auch in Briefmarken) oder per Nachnahme M 1.70, 2 St. M 3.10, 3 St. 4.50, 5 St. 7.20, 10 St. 13 Mk (bei 10 St. ein Freie Exemplar) bei freier Zusendung.

Technische Selbstunterrichtsmethode System Kammack-Hachfeld. 1. Elektrotechnische Schule, 2. Maschinenkonstruktion, 3. Werkmeister, 4. Monteur, Vorarbeiter u. Maschinenf., 5. Bauschlosser u. Installateur. Jedes dieser Werke ist für sich abgeschlossen und steht in Lieferungen à 60 Pf. Diese sämtlich bekommen u. von 2 Fachpresse vorzüglich beurteilten Selbstunterrichtswerke ermöglichen es jedem strebsamen Techniker, ohne den Besuch einer technischen Fachschule sich dasjenige Wissen und Können anzueignen, dessen ein tücht. Techniker bedarf. Ansichtsbildungen sowie Teilschnitten bereitwillig. Bonness & Hachfeld, Potsdam.

Druck und Verlag der Fränkischen Verlagsanstalt und Buchdruckerei (G. m. b. H.) in Nürnberg.